

wurden die ökonomischen, sozialen, politischen und ideologischen Quellen des Militarismus und Faschismus aus dem gesellschaftlichen Leben ausgeschaltet und in diesem Prozeß antifaschistisch-demokratische (—* *antifaschistisch-demokratische Umwälzung*) und sozialistische Gesellschaftsverhältnisse geschaffen. Mit der DDR entstand ein Staat, der in seiner Innen- und Außenpolitik in völliger Übereinstimmung mit den Verpflichtungen des P. A. handelt und es als seine historische Pflicht betrachtet, alles zu tun, damit von deutschem Boden nie wieder Krieg, sondern nur Frieden ausgeht. Im Wesen der sozialistischen Produktionsverhältnisse, der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Weltanschauung begründet und in der Verfassung staatsrechtlich verankert, sind auf dem Territorium der DDR gesellschaftliche Garantien gegeben, daß von diesem Teil deutschen Bodens nie wieder eine Bedrohung des Friedens ausgehen wird. Schon kurz nach ihrer Gründung sah es die DDR als grundlegendes Gebot ihrer Staatspolitik an, in völkerrechtlich und politisch verbindlicher Form die Öder-Neiße-Grenze und die territoriale Integrität der CSSR in ihren historischen Grenzen zu bestätigen. So erfüllte sie schon 1950 für die europäische Sicherheit und für die Gestaltung eines friedlichen Nachkriegseuropas grundlegende und unbedingte Verpflichtungen des P. A. Obwohl das werktätige Volk auch in den westlichen Besatzungszonen antifaschistisch-demokratische Umgestaltungen im Einklang mit dem P. A. forderte, mißachteten die Westmächte diese Verpflichtungen und schufen im Zusammenwirken mit der deutschen Reaktion mit der BRD einen Staat, dessen monopolistische Herrschaftsverhältnisse Nährboden für das Wiederaufkommen von —> *Chauvinismus**, —* *Revolution**

chismus und Nazismus (—» *Neofaschismus*) waren und sind. Die CDU/CSU-Regierungen der BRD erkannten die Gültigkeit des P. A. nicht an. Im Widerspruch zu den Festlegungen der Antihitlerkoalition verfolgten sie über zwei Jahrzehnte offen eine Politik, die auf die Revision der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges, vor allem der europäischen Nachkriegsgrenzen, abzielte und damit den Frieden in Europa bedrohte. Erst zu Beginn der 70er Jahre anerkannte auch die BRD in den Verträgen mit der UdSSR, der VR Polen, der tDR und der CSSR die im Ergebnis des zweiten Weltkrieges und der Nachkriegsentwicklung entstandenen politischen und territorialen Realitäten in völkerrechtlich verbindlicher Form. Das P. A. war ein Beispiel dafür, daß Staaten antagonistischer Gesellschaftsordnung trotz unterschiedlicher gesellschaftsstrategischer und ideologischer Positionen und gegensätzlicher Interessen durchaus imstande sind, in Grundfragen der Friedenssicherung und der Gewährleistung von Sicherheit und Zusammenarbeit kollektiv Vereinbarungen entsprechend den Prinzipien der friedlichen Koexistenz zu treffen. Die Staaten der sozialistischen Gemeinschaft wirkten in der gesamten Nachkriegszeit im Sinne der in Jalta vereinbarten und im P. A. bekräftigten Leitlinien kollektiver Friedenssicherung. Ihr gemeinsames Friedensprogramm entspricht dem Vermächtnis der Antihitlerkoalition.

Pragmatismus: subjektiv-idealistische Strömung der gegenwärtigen bürgerlichen Philosophie, besonders in den USA. Der P. wurde von Ch. S. Peirce und W. James begründet. Im Mittelpunkt der theoretischen Auffassungen des P. steht die These, daß die menschlichen Vorstellungen, Begriffe und Uneile keine Abbilder der objektiven Rea-